

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kekselindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erfolgt jeden Donnerstag.  
Redaktionschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreizehnpaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zehnpaltellen 30 Pfg.

## Maschinengewehre und Kürassiere gegen die Arbeiterschaft!

In dem Niesenkampfe der Bergarbeiter im Ruhrrevier, der am 11. März zum Ausbruch kam und nach drei Tagen weit über 200 000 Knappen mobil gemacht hatte, zeigt die preußische und die Reichsregierung wieder eine Haltung, die nicht nur den schärfsten Protest aller organisierten Arbeiter herausfordert, sondern auch lebhafteste Entrüstung bei jedem rechtlich denkenden Menschen entfachen muß, der sich nicht den Interessen des Grubenkapitals verpflichtet hat. Man hat das ganze Revier bereits förmlich in einen Belagerungszustand versetzt, obgleich die Streikenden dazu in keiner Weise Veranlassung boten. Ganz vereinzelte Ausschreitungen, wie sie in diesem Gebiete, wo die Grubenbarone des Profites wegen Arbeiter aller möglichen Volksstämme zusammengeworfen haben, auch zu andern Zeiten vorkommen und nur zu erklärlich sind, haben den Vorwand gegeben, Maschinengewehrkompanien und Kürassierabteilungen dort zusammenzuziehen, obgleich schon vorher, noch ehe der Streit wirklich proklamiert war, Tausende von Polizisten und Landgendarmen, bis an die Zähne bewaffnet, hingeschickt worden waren. Das Ruhrrevier gleicht also einem Kriegslager, und bei der schon oft bewiesenen Schneidigkeit der Polizeiorgane konnte es nicht ausbleiben, daß in den letzten Tagen Blut floß und vier Arbeiter niedergestreckt wurden!

Deutschland marschiert an der Spitze der praktischen Sozialpolitik!

Während in England, wo viermal mehr Bergarbeiter die Gruben stillgelegt haben, um ihre Forderung auf ganz bestimmt spezialisierte Minimallohne durchzusetzen, die Regierung wenigstens von Anfang an ihre Bereitwilligkeit zur Vermittlung nicht nur mit Worten ankündete, sondern auch durch Taten bewies und jetzt daran geht, die Frage eines Minimallohnes auf dem Wege der Gesetzgebung zu regeln, wenn auch nicht völlig den gerechten Wünschen der Arbeiter entsprechend, so doch immerhin dem Widerstande der Bergherren trotzend, haben in Deutschland die Regierungsvertreter in ihrem Knechtschaftsverhältnis zum Unternehmertum es gerade fertig gebracht, „informativ“ einmal die Parteien zu hören, um dann alle Schuld an den Konflikt auf die Arbeiter zu legen und deren Vorgehen in Grund und Boden zu verdammen, ihnen politische Motive unterzuschoben. Aber als im Reichstage dem zuständigen Staatssekretär Dr. Delbrück, der zur Begründung dieses Verhaltens lange Statistiken über gestiegene Löhne der Bergarbeiter zum Besten gab, die enorme Steigerung der Lebensmittel entgegengehalten wurde, da verstummte sein hereditäres Mund. Eine Teuerung haben die Herren eben bisher noch nicht empfunden! Und ebenso hatte niemand seitens der Regierung und der bürgerlichen Parteien mit Ausnahme einiger freisinniger Redner ein Wort des Tadelns für die schmachvolle Tatsache, daß den verbündeten Bergarbeiterorganisationen von den Grubenherren die Tür gewiesen wurde, als sie um vermittelnde Verhandlungen ersucht hatten. Vor dem Streik wurde jede hindende Auflage abgelehnt, und jetzt brüstet man sich, die Bohnzulagen wären schon längst in Aussicht genommen gewesen.

So verwerflich aber auch das brutale Auftreten der Unternehmer und die Hörigkeit der Regierungsorgane diesen gegenüber ist — sie werden verständlich angefaßt des traurigen Umstandes, daß die Organisation der christlichen Bergarbeiter es ist, welche den staatlichen Machtfaktoren diesmal selber die Waffen gegen das kämpfende Proletariat in die Hände gedrückt hat. Die „Christen“ sind es, die im Interesse des Zentrums, daß sich die Gunst des rheinisch-westfälischen Großkapitals wieder erringen möchte, ihren Arbeitsbrüdern gegen ihre bessere Ueberzeugung in den Rücken fallen müssen, und sie waren es, welche am lautesten nach Polizei und Militär „zum Schutze der Arbeitswilligen“ schrien! Es ist ein Trauerspiel,

das sich an seinen Urhebern rächen wird und muß, möge das schwere Ringen ihrer kämpfenden Arbeitsbrüder ausfallen wie es wolle.

Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben angesichts der ganzen Sachlage gemeinsam einen Aufruf an die Arbeiterschaft Deutschlands erlassen, in dem diese aufgefordert wird, sich unter keinen Umständen zu unüberlegten Handlungen provozieren zu lassen; denn die Feinde der Arbeiterbewegung warten nur darauf, die Organisation zu zerstören und das Koalitionsrecht aufheben zu können. Es wird darauf hingewiesen, daß schon während des Bergarbeiterausstandes in Mansfeld 1909 und im Vorjahre in Moabit die Reaktion in gleicher Weise vorging und daß der Ausfall der Reichstagswahl jetzt das Signal zu einem neuen Kesselstreiken gegen die Arbeiterschaft gegeben habe. Wir setzen voraus, daß auch unsere Kollegen sich in entschiedener Weise an dem Proteste gegen ein solches Vorgehen der Regierung beteiligen und die Bergarbeiter auch in jeder andern Weise moralisch und finanziell in ihrem schweren Kampfe unterstützen. Die Generalkommission fordert in einem besonderen Aufrufe bereits Sammlungen in ganz Deutschland (wir werden ihn in nächster Nummer im Wortlaut bringen) und die Arbeiterschaft wird demnach beweisen können, daß sie begriffen hat: Die Scharfmacher wollen einen Kampf um das Koalitionsrecht — sie sollen ihn haben!

## Das Jahrbuch 1911.

Seit dem Casseler Verbandstag, wo der Verbandsvorstand beauftragt wurde, das Jahrbuch herauszugeben, ist mit dem Jahre 1911 die fünfte Ausgabe erschienen. Diese Einrichtung hat sich besonders für alle in der Agitation tätigen Mitglieder wie auch für sämtliche Verbandsangehörigen gut bewährt, weil die Jahrbücher zu unentbehrlichen Nachschlagewerken wurden. Während in früheren Jahren die wichtigsten Vorgänge und statistische Erhebungen verstreut im Fachorgan gesammelt waren, haben heute die im täglichen Kampfe stehenden Agitatoren eine in sich abgeschlossene Arbeit, in welcher neben unserm Mitgliederwachstum und unsern Erfolgen alle sonstigen wichtigen Vorgänge besprochen werden.

Wie alljährlich, wurde auch diesmal der Stand der Wirtschaftskonjunktur einer Besprechung unterzogen. Leider mußte dabei festgestellt werden, daß durch den flotten Geschäftsgang, der in allen Berufen herrschte, in den zu unserm Organisationsgebiete zählenden Branchen keine Verminderung der hohen Arbeitslosenziffern eingetreten ist. Die Ursache ist vornehmlich zu suchen in den hohen Lehrlingsziffern, wodurch alljährlich Tausende junger Gehilfen auf den Arbeitsmarkt gebracht werden. Eine Abflauung der großen Lehrlingszahl tritt aber erst dort ein, wo die Organisation ihren Einfluß dahin geltend machen kann. Neben der hohen Arbeitslosigkeit, die ganz besonders die Bäcker berührt, trat durch die fortwährenden Preissteigerungen eine bedeutende Verschlechterung der Lebenshaltung in den Kreisen ein, die allein stehen und den Wert der gewerkschaftlichen Organisation nicht erkannt haben. Davon wurden auch unsere Mitglieder nicht verschont, sie konnten jedoch zum Teil mit Hilfe der Organisation den Ausfall durch errungene Teuerungszulagen und Bohnserhöhungen wieder ausgleichen.

In sozialpolitischer Hinsicht konnte nur Schlechtes berichtet werden. Die Bescheidung des Selbstverwaltungsrechtes in den Krankenkassen ist noch zu sehr in frischer Erinnerung, so daß es sich eürbigt, hierüber noch längere Erörterungen zu pflegen. In einer Abhandlung werden die wichtigsten Bestimmungen der Reichsversicherungordnung besprochen. Was hier der Fall ist, trifft ebenfalls auf den Ausbau der Arbeitergesetzgebung zu. Die Bäckermeister laufen noch heute Sturm gegen die Bäckereiverordnung über die innere Einrichtung der Betriebe und petitionieren das ganze Jahr hindurch bei der Gesetzgebung, damit die Kellerbäckereien erhalten bleiben sollen. Bislang ist es nicht gelungen, die Regierung umzustimmen; wer weiß aber, wie es in Zukunft kommen wird. Unsere Forderung auf einen gesetzlichen Ruhetag hat bei der Re-

gierung kein Gehör gefunden. Auf Antrag der Petitionskommission wurde im Reichstage unser Gesuch dem Reichszentraler als Material überwiesen. Sicher wird der erste Reichsbeamte bei seiner hinfänglich befannten Folgsamkeit den Scharfmachern gegenüber niemals unsern Wünschen stattgeben. Wir konnten sogar erleben, daß nicht einmal unser berechtigtes Verlangen über Befreiung der Fabrikation von Zuckerwaren in der Strafankunft von dem braunschweigischen Staatsministerium stattgegeben wurde. Auf allen Gebieten mußte wahrgenommen werden, daß die Regierung bestrebt war, den wirtschaftlichen stärkeren Teil auf Kosten der Arbeiterschaft zu beschützen.

Wie hier, so auch in der Rechtsprechung wurde der Arbeiter anders behandelt als die Unternehmer. Recht auffallend traten die Urteile der Massenrichter in Erscheinung bei den vielen gegen unsere Funktionäre angestrengten Bohlottprozessen und den sogenannten Streibergehungen.

Doch alle Schikanen, die vom Unternehmertum und seinen Helfern gegen uns angewendet wurden, konnten die Organisation am Vormarsch nicht hindern. Die Zahl der Mitglieder stieg von 23 093 Ende 1910 auf 26 468 am Schlusse des Berichtsjahres in 119 Zahlstellen. Ebenso ist eine erfreuliche Zunahme des Gesamtvermögens zu verzeichnen.

Einen breiten Raum im Jahrbuch nimmt das Kapitel „Lohnbewegungen und Streiks“ ein. Die gewaltigen Erfolge, die hier in den Tarifabschlüssen und den Vereinbarungen mit den Unternehmern zum Ausdruck kommen, beweisen sinnfällig die in der Organisation wurzelnde Macht. Der Stand unserer Tarife ist eine gute Grundlage zum vollständigen Ausbau des korporativen Vertragswesens. Von diesen Bestrebungen ausgehend, werden auch in den kommenden Jahren die Lohnkämpfe geführt.

Die Erledigung der Geschäfte in der Zentrale wie in den Zahlstellen bildet einen außerordentlich lehrreichen Teil im Jahrbuch. Hier können die Mitglieder einen Einblick in das Getriebe des Verwaltungskörpers gewinnen und erfahren, wie vielseitig die Tätigkeit der Funktionäre ist.

Den Unternehmerorganisationen wie auch den gegnerischen Arbeiterverbänden sind auch diesmal wieder einige Seiten gewidmet. Diese Arbeit konnte sich ja nur auf die wichtigsten Vorgänge erstrecken, und es hätte zu weit geführt, wenn alle Pläne und Schleichigkeiten, die dort gegen uns ausgeheckt wurden, Erwähnung gefunden hätten. Was uns zur besonderen Genugtuung gereichen muß, ist die Tatsache, daß die mit Unternehmern geküchelte gelbe Streikbrechergarde auf dem letzten Loche pfeift, desgleichen die übrigen national gesinnten Verbändchen den Krebsgang gehen. Die Unternehmer, welche sich von der Arbeiterzerpflüchterung alles versprechen, werden von diesen Tatsachen schmerzlich berührt sein.

Das Jahrbuch ist nun an die Zahlstellen versandt worden zur unentgeltlichen Abgabe an die Mitglieder. Seinen Zweck wird es aber nur dann erreichen, wenn es von allen Mitgliedern gelesen und als Nachschlagewerk aufbewahrt wird. Wie oftmals stürmen auf unsere Mitglieder von den Benachteiligten Fragen ein, oder vom Gegner werden Unwahrheiten über den Stand der Organisation verbreitet, dann kann an der Hand des Jahrbuches den Fragestellern Aufschluß gegeben und Anschuldigungen können zurückgewiesen werden. Nur dann, wenn alle über die wichtigsten Vorgänge in der Organisation orientiert sind, werden wir Erfolge bei der Aufklärungsarbeit verzeichnen können.

## Die Zuckerfrage.

I.

Wir entnehmen dem „Vorwärts“ nachstehende instruktive Darlegungen über die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Zuckerfrage, die besonders unsere Kollegen in den Fabriken interessieren werden:

Bekanntlich haben die Nationalliberalen im neuen Reichstage eine Anfrage eingebracht, in welcher Weise die Regierung „die deutschen Interessen“ bei dem Abschluß der Zuckerkonvention zu wahren bereit sei. Die Regierung hat die Beantwortung bis auf weiteres verschoben. Doch soll die ständige Kommission der Internationalen Zuckerkonferenz zu Brüssel bereits ihre Beschlüsse der Hauptsache nach, mit Zustimmung der deutschen Regierung, gefaßt haben. Die Verlängerung der Zuckerkonvention könnte daher als gesichert gelten, trotz des wütenden Widerspruches der deutschen Zuckeragrarier.

Als der Berliner Chemiker Achard im Jahre 1803 die Gewinnung von Zucker aus Runkelrüben erfunden und in



Stingsten und Weihnachten) tritt die Bestimmung unter Lit. B 5 a außer Kraft. 6. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden. Wo sie dennoch unumgänglich notwendig sind...

C. Ruhetage. 1. In allen Betrieben bis zu vier beschäftigten Personen ist alle 14 Tage eine ununterbrochene Ruhepause von 18 Stunden zu gewähren...

D. Lehrlingswesen. 1. Bäckereien ohne Gesellen und bis mit drei Gesellen dürfen nur einen Lehrling halten.

E. Arbeitsnachweis. Alle Arbeitskräfte sind durch den paritätischen Arbeitsnachweis zu bezeugen.

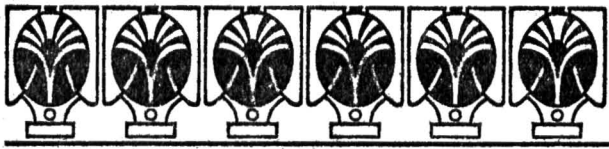
F. Sanitäre Bestimmungen. In den Arbeits- und Aufenthaltsräumen ist für genügend Ventilation, Licht- und Luftzufuhr Sorge zu tragen.

G. Tarifkommission und Schiedsgericht. Zur Ueberwachung des vorstehenden Vertrages wird eine aus je drei Vertretern der Bäcker- (Zwangs-) Innung...

H. Tarifdauer. Der Tarif tritt mit dem 1. Februar 1912 in Kraft und gilt bis zum 30. April 1917.

Deuben (Bezirk Dresden), den 26. Januar 1912.

- Für den Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandter Berufe (Bezirksmitgliederschaft Dresden): Bruno Reymann.
- Für die Bäcker-(Zwangs-)Innung Deuben: Hermann Frauenstein, Obermeister.
- Für den Gesellenausschuß der Bäcker-(Zwangs-)Innung Deuben: Hugo Kuhnert.



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einwendungen müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen und vom Vorsitzenden gegenzeichnet sein.)

Bezirkskonferenz in München.

Die Bezirkskonferenz, auf der die Orte Mühldorf, Erbing, Schlierthal, Garmisch, Starnberg, Freising, Dachau, Bruck, Wasing, Augsburg, Rosenheim, Traunstein, Bad Reichenhall und München vertreten waren...

Die Sängerrunde der Bäcker leitete die Konferenz mit zwei Freiheitsliedern ein. Nachdem Gauleiter Gahner einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung unserer Organisation im Gau gegeben hatte...

Zu der Diskussion wurden von mehreren Rednern praktische Anregungen und Winke gegeben, die in der Folge verwendet werden können.

Der Punkt 3 wurde dann auf Wunsch als Punkt 2 behandelt. Gahner führte an, daß die Agitation jetzt etwas leichter ist als früher, da man auf die Erfolge hinweisen kann.

Groß-Augsburg schilderte die eigenartigen Verhältnisse von Augsburg; er führte an, daß das Genossenschafts- und Genossenschaftswesen durchgehends daniederliegt.

Zu Punkt 2 führte Gahner die Orte an, in denen die Verträge ablaufen, und jene Orte, die in Angriff genommen werden müssen.

Zum Punkt 4 erstattete Bezirksleiter Diermeier ein Referat über „Arbeiterschutz und Lehrlingschutz“.

Zu Punkt 5 schilderte Gahner die Geschichte der Zentralkrankenkasse in Dresden und erläuterte die Einnahmearbeitersklasse.

Zum Punkt 6 referierte Diermeier über den Arbeitsnachweis und besprach, wie derselbe ausgebaut werden kann.

Bezirkskonferenz in Nürnberg.

Auf der Bezirkskonferenz für Nordbayern am 10. März waren Delegierte von Hof, Fürth, Nürnberg, Schwabach, Würzburg, Marktreuth, Erlangen und Bahreuth erschienen...

ten Kollegen einen Eindruck machen oder einen Erfolg bringen sollen. Gerade hier, meinte Redner, wird oftmals viel gesündigt.

Ueber die Agitation unter den Konditoren, Arbeitern und Arbeiterinnen der Zucker- und Schokoladenwarenindustrie sprach Kollege Lämmermann.

Zum vierten Punkt: „Unsere Krankenversicherung“, referierte Gahner; er gab ein Bild von den Innungs-Krankenkassen...

Ueber den letzten Punkt: „Bezirksarbeitsnachweis“, sprach Sechtel. Ueber die Einstellung von dauernden Arbeitskräften...

Badmeisterkonferenz in Nürnberg.

Am 9. März fand für die Bezirke Nürnberg und München die Konferenz für Badmeister in Genossenschaftsbetrieben statt.





was die Selben zu dem Vorschlage ihres Beschügers sagen werden. Richtig ist es aber, wie sich die Badtroug-journalisten bemühen, der Gesellschaft die sechsstägige Arbeitswoche freitig zu machen und bestrebt sind, viele Dumme einzufangen, die sich mit Palliativmitteln abspießen lassen.

Ein vernünftiges Urteil über Tarifverträge. In der Unternehmerrpresse wird ein Artikel aus der Feder eines Arbeitgebers veröffentlicht, welcher die rechtliche Stellung der Tarifverträge bespricht und u. a. folgende bemerkenswerte Darstellung enthält:

„Es gehört in unserer Zeit, so hart es klingen mag, eine gewisse Rückständigkeit dazu, ohne gut durchgearbeiteten Tarif zu wirtschaften. Man wird tariflosen Firmen gegenüber in vielen Beziehungen im Nachteil sein, da es keine zuverlässigere und bequemere Grundlage für die Preisberechnung gibt, als einen fest geschlossenen Tarifvertrag.“

Wie schon angeführt, hat dieses Urteil ein Arbeitgeber selbst gefällt, und es muß um so höher gewürdigt werden, als die Redaktionen der Unternehmerrpresse mit den schärfsten Mitteln gegen die Tarifverträge ankämpfen.

Konditoren.

Eine Wertschätzung der Berliner „Süßen“ findet sich in der „Münchner Allgemeinen Deutschen Konditorzeitung“ im Briefkasten.

„D. M. in D. Sie fragen an, wer Cadot ist? Herr Cadot ist der Redakteur und eigentliche Geschäftsführer der Verbandszeitung in Berlin.“

Das die Bayern aber auch immer gleich so deutlich werden!

Aus gegnerischen Organisationen.

Mitteldeutscher Konditorgehilfentag nannte sich das Zusammenkommen verschiedener Konditorgehilfen von den Hilfsvereinen Leipzig, Dresden, Cassel und Chemnitz, das am 3. März in Leipzig stattfand.

Das einleitende Referat gab Herr Rißel so interessant, belehrend und instruktiv, daß sämtliche Delegierten am Schlusse fragten, was überhaupt los sei und was sie zu Hause über die Konferenz berichten sollten.

„noch sehr gemildert“ werden! Der Gehilfe habe Meisterinteressen zu vertreten. — Und für dies gab es auch Beifall!

Der Dresdner Fabrikgehilfenverein „Eintracht“ war auch vertreten. Seine Vertreter waren speziell nicht klug daraus geworden, was Herr Rißel wollte.

Zweck und Sinn braucht für solche Leute eine Vereinigung nicht zu haben — Hauptsache: das Ding ist national.

Die Vertreter des Chemnitzer Vereins nahmen Gelegenheit, ihr kummervolles Herz auszuschnitten. Die Chemnitzer Kollegen seien nicht imstande, zu begreifen, was eine Organisation sei.

Das Fazit der Tagung war also ein „Kartell“ mitteldeutscher Gehilfenvereine. Es kostet und verpflichtet zu nichts, und wenn es auch nichts leistet, hat es doch einen schönen Namen.

Der mitteldeutsche Konditorgehilfentag hat getagt. Es ist sehr schwer, keine Satire über ihn zu schreiben.

Polizei und Gerichte.

Der beleidigte Bäckermeister Dietrich Heinrich Daniel Blindmann. Am 4. März hatte sich Kollege Lanke vor dem Landgericht Hamburg, Strafkammer III, unter Vorsitz von Direktor Dr. Schrader, wegen Beleidigung Blindmanns in Hamburg, zu verantworten.

„Unbekümmert um den Ausgang der Klage kann aber jetzt schon festgestellt werden, daß D. S. D. Blindmann, Vizepräsident der Hamburger Bürgerchaft, mit einer moralisch nicht einwandfreien Gesellschaft unter einer Decke arbeitete zur Niederkämpfung der Organisation.“

Durch die in diesem Abgag aufgestellten Behauptungen fühlte sich Herr Blindmann beleidigt und stellte Strafantrag. Der Angeklagte erklärte, daß ihm jede Beleidigung Blindmanns ferngelegen habe.

Knoth gewesen sein müsse. Ferner sei der Artikel in der Zeit erschienen, wo die Hamburger Bäckergehilfen gegen einige Brotfabrikanten noch der Boykott verhängt hatten.

Blindmann erklärte als Zeuge, daß er sich durch den Artikel beleidigt fühlen muß, da weder er noch der Innungsvorstand an Knoth einen Auftrag zur Herbeischaffung von Arbeitswilligen gegeben hat.

Der folgende Zeuge Knoth befandete, daß er Stellvertreter sei und nur für Streiks und Aussperrungen Leute anwerbe. Beim Bäckerstreik habe er vom Verband der Brotfabrikanten den Auftrag erhalten, 120 Leute anzuwerben.

Nach der Beweisaufnahme beantragte Staatsanwalt Dr. Lehmann drei Monate Gefängnis! Der Artikel sei beleidigend gewesen.

Der Verteidiger Dr. Herz, Altona, plädierte in längeren Ausführungen für die Freisprechung des Angeklagten. Der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) müsse ihm in weitgehendem Maße zuteil werden.

Nach längerer Beratung wird Lanke zu einer Geldstrafe von M 300 resp. 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Bei der Urteilsverkündung wurde ausgeführt, daß nach Sachlage eine Geldstrafe für angebracht gehalten worden sei.

Die „schwierige Lage“ der Richter gegenüber „Streikführern“.

Gegen den Zimmermann Klein, den Schlosser Kunzschke und die Arbeiterin Blant war wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung am 12. Dezember vorigen Jahres vor dem Schöffengericht in Dresden verhandelt worden.



